Beschlussvorlage

Drucksachen-Nr. 0369/2021
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften	29.06.2021	Beratung
Rat der Stadt Bergisch Gladbach	01.07.2021	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

Befreiung von der Aufstellung des Gesamtabchlusses für das Jahr 2019 gemäß § 116a GO NRW

Beschlussvorschlag:

Der Rat stimmt der Befreiung von der Aufstellung des Gesamtabchlusses für das Jahr 2019 gemäß § 116a GO NRW zu.

Sachdarstellung / Begründung:

Grundsätzlich haben die Gemeinden nach § 116 GO NRW zum 31.12. des Haushaltsjahres einen Gesamtabschluss für den Kernhaushalt und die einzubeziehenden verselbständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form aufzustellen.

Im Rahmen der Anpassung der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen durch das 2. NKF-Weiterentwicklungsgesetz NRW wurden im neuen § 116a GO NRW in Analogie zum Konzernbilanzrecht des Handelsrechts ab dem Haushaltsjahr 2019 größenabhängige Befreiungsmöglichkeiten von der Aufstellungspflicht definiert. Letztlich wird damit auch die Rückspiegelung aus der kommunalen Verwaltungspraxis manifestiert, dass der Gesamtabchluss von geringer Relevanz als Entscheidungsgrundlage für das Verwaltungshandeln war und ist, die Erstellung und Prüfung aber nicht unerhebliche personelle und finanzielle Kapazitäten bindet. Das Unterschreiten der im § 116a GO NRW aufgeführten Größenparameter impliziert zudem das Vorliegen überschaubarer Beteiligungsstrukturen, deren Überblick/Transparenz durch einen Gesamtabchluss nicht oder kaum gehoben wird. Weiterhin muss bei Anwendung des § 116a GO NRW ein Beteiligungsbericht nach § 117 GO NRW erstellt werden, der neben den konsolidierungspflichtigen verbundenen Unternehmen und Beteiligungen auch die übrigen geringfügigeren Beteiligungen ausweist.

Die Stadt Bergisch Gladbach hat Gesamtabchlüsse für das Jahr 2010, unter Nutzung der Regelung des Gesetzes zur Beschleunigung der Aufstellung kommunaler Gesamtabchlüsse für das Jahr 2015 (unter Beifügung der vom Bürgermeister bestätigten Fassungen der Jahre 2011 bis 2014) sowie für das Jahr 2016 erstellt. Der Gesamtabchluss 2018 wird unter Beifügung des Jahres 2017 dieses Jahr zur Beschlussfassung vorgelegt.

Die zu konsolidierenden verselbständigten Aufgabenbereiche sind hierbei überschaubar:

Vollkonsolidierung:

- Abwasserwerk
- Immobilienbetrieb
- Abfallwirtschaftsbetrieb (fakultativ)
- Bädergesellschaft mbH (ab 2014)

At-Equity-Konsolidierung

- Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft (fakultativ)
- BELKAW (ab 2014)

Die übrigen Beteiligungen sind von untergeordneter Bedeutung und werden nicht in den Gesamtabchluss einbezogen.

Nach § 116a Abs. 1 GO NRW müssen am Stichtag des Abschlussjahres sowie des vorhergehenden Jahres zwei der drei nachstehenden Merkmale zutreffen, damit eine Befreiung erfolgen kann:

1. Die Bilanzsummen der Gemeinde und der einzubeziehenden verselbständigten Aufgabenbereiche übersteigen insgesamt nicht 1,5 Milliarden Euro
2. Die der Gemeinde zuzurechnenden Erträge aller vollkonsolidierungspflichtigen verselbständigten Aufgabenbereiche betragen weniger als 50% der ordentlichen Erträge der Ergebnisrechnung der Gemeinde
3. Die der Gemeinde zuzurechnenden Bilanzsummen aller vollkonsolidierungspflichtigen verselbständigten Aufgabenbereiche betragen weniger als 50% der Bilanzsumme der Gemeinde

Das Vorliegen der Voraussetzungen ist dem Rat gemäß § 116a Abs. 2 GO anhand geeigneter Unterlagen nachzuweisen. Hierfür wurde ein Prüftool der Gemeindeprüfungsanstalt NRW genutzt. Die Auswertung ist als Anlage beigefügt.

Im Ergebnis werden die Kriterien der Ziffer 1 und 2 erfüllt, womit die Voraussetzungen für eine Befreiung gegeben sind.

Perspektive und Vorgehensweise

Da durch die Anwendung des Schütt-aus-hol-zurück-Verfahrens bereits in 2020 ein Überschreiten des Schwellenwertes zu § 116a Abs. 1 Ziffer 1 GO NRW (Gesamtbilanzsummen > 1,5 Mrd. Euro) zu erwarten ist, wäre voraussichtlich für das Jahr 2020 wieder ein Gesamtabchluss zu erstellen, was nach einer Befreiung zusätzlich die Erstellung einer Eröffnungsbilanz bedingt. Ein komplettes Aussetzen in 2019 wäre daher nicht zielführend, da dann der nahtlose Anschluss an das vorhandene Zahlenwerk des Jahres 2019 verloren ginge und der Nachweis der Eröffnungsbilanzwerte im Rahmen der Prüfung des Gesamtabchlusses wesentlich aufwändiger wäre.

Insofern soll sich die Befreiung von der Aufstellung nur auf die formale Abschlussprüfung und die Beratung im Rechnungsprüfungsausschuss sowie die Feststellung im Rat erstrecken, nicht aber auf die faktische Durchführung der erforderlichen Konsolidierungsschritte inkl. der Aufstellung der Gesamtschlussbilanz, der Gesamtergebnis- und -finanzrechnung und der Anlagen in der Gesamtabchlusssoftware. Diese Vorgehensweise ist mit der örtlichen Rechnungsprüfung abgestimmt.

Wie o.a. ist bei einer Befreiung der participationsbericht 2019 zwingend zu erstellen. Dieser wurde bereits in großen Teilen als Teilbeteiligungsbericht im Dezember 2020 eingebracht und liegt vervollständigt nunmehr vor. Unabhängig von dieser oder evtl. zukünftigen Befreiungen ist aus Gründen der Transparenz beabsichtigt, stets einen participationsbericht zu erstellen.

Nach § 116a Abs. 2 Satz 1 GO NRW entscheidet der Rat bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung. Aufgrund der länger andauernden Klärung zur Auslegung des 2. NKFVG sowie der Verschiebung der Arbeitsbelastungen durch die pandemische Lage erfolgte diese Entscheidung bisher nicht, so dass formal eine Verfristung vorliegt. Daher wurde der Sachverhalt mit der Kommunalaufsicht erörtert. Diese sieht es als unkritisch an, die Entscheidung nun erst zu fassen und würde diese positiv befürworten, insbesondere nachdem dargelegt wurde, dass die eigentliche zahlenmäßige Konsolidierung auch für 2019 erfolgt.